



## **Gegen Gasbohren**

**Offener Brief an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages**

**12.5.2020**

### **Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Sicherstellung ordnungsgemäßer Planungs- und Genehmigungsverfahren während der COVID-19-Pandemie ("Planungssicherungsgesetz") Drucksache 19/18965**

Sehr geehrte Frau Abgeordnete, sehr geehrter Herr Abgeordneter,

unter größter Eile wurde von der Regierungskoalition der Gesetzentwurf zum Planungssicherungsgesetz erstellt und die übliche Verbändeanhörung dazu praktisch unmöglich gemacht, da nur ein Wochenende Zeit zugestanden wurde.

Wir von "Gegen Gasbohren" haben die begründete Sorge, dass bei der Anwendung der im Entwurf dargestellten Einschränkungen der Öffentlichkeitsbeteiligung, diese im Bereich der Erdöl- und Erdgasförderung und -aufbereitung dazu benutzt werden könnten, Vorhaben mit nachteiligen, schädlichen Umweltauswirkungen im Eilverfahren zur Genehmigung zu bringen.

Kern der Bürger- und Verbändebeteiligung an den Verfahren ist der Erörterungstermin, bei dem erfahrungsgemäß immer Aspekte und Informationen auf den Tisch kommen und berücksichtigt werden, die sonst unbeachtet blieben.

Ein Wegfall des Erörterungstermins ist nicht akzeptabel.

Eine Online-Konsultation kann den Erörterungstermin nicht ersetzen, weil der Austausch der Argumente im Diskurs nicht gleichwertig möglich ist. Und die im Gesetzentwurf aufgeführten Telefon- und Videokonferenzen stellen lediglich eine mündliche Variante der Online-Konsultation dar. Obendrein ist Deutschland, zu großen Teilen von der Internet-Ausstattung her, noch nicht in der Lage, solche VIDEO-Konferenzen mit vielen Teilnehmern zu organisieren und ca. 15 % der Bevölkerung haben noch gar keinen Internet-Zugang.

Der im Gesetzesentwurf angeführte Zeitdruck wird unter anderem mit der COVID-19-bedingten Personalknappheit in den Ämtern und Behörden begründet, der diese Regelung notwendig mache. Die eingeschränkte Beteiligung der Öffentlichkeit, wie sie jetzt Gegenstand dieses Entwurfes ist, würde die solcherart erzwungene Zeitverzögerung der Bearbeitung bei großen Projekten und Vorhaben nicht aufholen können.

Da es sich bei diesem Gesetzesvorschlag um einen schwerwiegenden Eingriff in unser demokratisches Selbstverständnis handelt, ist es nicht richtig, unter dem "COVID-19-Titel" diese Errungenschaft zu beschädigen. Denn damit wird die Teilnahme der Bürger an den Vorhaben beschnitten, die einen sehr bedeutenden Teil der demokratischen Teilhabe darstellt.

Wir plädieren dafür, dass solche Verfahren, bei denen ein Erörterungstermin stattfinden kann oder muss, bis zum Herbst 2020 ausgesetzt werden, bis sich die Situation bezüglich der herrschenden Pandemie entspannt hat. Diese wenigen Monate Verzögerung dürften zu ertragen sein. Deshalb bitten wir Sie dringendst, diesem Gesetzesvorhaben Ihre Zustimmung zu verweigern.

<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/189/1918965.pdf>

Mit freundlichen Grüßen

Volker Fritz

Mitglied im bundesweiten Zusammenschluss "Gegen Gasbohren"

**Unterzeichnende BIs:**

Arbeitskreis Fracking Braunschweiger Land  
Berliner Wassertisch c/o GRÜNE LIGA Berlin e.V.  
IG Gegen Gasbohren, Hamminkeln  
Wir gegen fracking - BUND Lüneburg  
BBU Bundesverband, Bonn  
IG Schönes Lünne  
BI gegen Gasbohren im Süd-/Brookmerland  
Andy Gheorghiu Consulting  
GENUK e.V., Hamburg  
BI - LK Oldenburg  
BI Gesundheit Hemslingen/Söhlingen  
BI Gemeinsam gegen Gas- und Probebohren am Niederrhein  
BI Umweltschutz Uelzen  
AG Erdgas-Erdöl-Fracking der BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg.V.  
FEBiD e.V., Templin  
BI LangBÜRGNERsee, Bad Endorf  
BI Gegen Gasbohren im Oberspreewald, Goyatz  
AG Post Fossil, Kassel  
BI "inofrack" Inde-Rur  
BI Saubere Umwelt & Energie, Altmark  
Gemeinnütziger Umweltschutzverein pro GRÜN e.V., Paderborn  
Bezirkskonferenz Naturschutz Ostwestfalen (OWL)  
Initiative gegen Gasbohren im Tecklenburger Land, Ibbenbüren  
BI Chiemgauer Seenplatte gegen Gasbohren, Rimsting  
BI Gegen Gasbohren, Hamm  
BI Gesundheit und Klimaschutz Unterelbe/Brunsbüttel  
BI Flecken Langwedel gegen Gasbohren  
BI Rote Hand Thedinghausen/Achim  
BI Gegen Gasbohren in Walle  
BI Intschede Wesermarsch ohne Bohrtürme  
BI No Fracking im Erdgasfeld Völkersen  
Stop Fracking - Bürgerinitiative für sauberes Wasser, Witten  
Aktionsbündnis No Moor Fracking, Diepholz

UBI Salzhausen  
IG Breinermoor/Backemoor  
Lausitzer Initiative gegen Rohstoffpiraterie, Neißeaue  
IG Frackloses Gasbohren im Landkreis Rotenburg  
BI Gegen Gasbohren Zehdenick-Templin-Gransee  
BI Mensch und Umwelt Sulinger Land  
BI kein-frack-in-wf, Cremlingen  
BI Fracking-freies-Artland e.V., Quakenbrück  
BI gegen Gasbohren im Landkreis Rotenburg e.V.  
Abgefrackt Bündnis Weidender Becken gegen Fracking  
Stop-Fracking-Arbeitsgruppe, attac Nienburg  
WUG Initiative Wittorfer Bürger für Umwelt und Gesundheit e.V.  
BI Gegen CO2-Endlager e.V., Nehnten  
BI Walsrode gegen Fracking, Verpressen und Abfackeln  
BIGG Drensteinfurt e. V.  
BI Frackingfreies Hamburg-FFH